

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)
Landesverband Niedersachsen/Bremen e.V. – Pressesprecher:
Eckehard Niemann, Varendorfer Str. 24, 29553 Bienenbüttel
0151-11201634 – eckehard.niemann@freenet.de

Pressemitteilung

Umbauprogramm auf artgerechte Tierhaltung nützt Bauernhöfen und Erzeugerpreisen

Als „Ausdruck der starken gesellschaftlichen Bewegung für eine artgerechte, umwelt- und gesundheitsverträgliche sowie flächenverbundene Tierhaltung in bäuerlichen Strukturen statt in agrarindustriellen Tierfabriken“ bewertet der Landesverband Niedersachsen/Bremen der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) das Gutachten „Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung“ des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Auf Ebene des Bundes und aller Bundesländer seien jetzt rasch konsequente Schritte beim Umbau von bislang nicht zukunfts- und akzeptanzfähigen Agrarindustrie-Strukturen angesagt – ein solches Umbauprogramm müsse Elemente wie Ordnungsrecht, Förderung, Ausbildung, Beratung, Forschung, Produktkennzeichnung und Preispolitik verknüpfen.

Dringlich seien auch Schritte auf Ebene der EU, um die längst beschlossenen EU-Tierhaltungsvorgaben nun auch in allen EU-Staaten durchzusetzen, zumal deren Einhaltung eigentlich längst eine zwingende Voraussetzung für den Erhalt von EU-Direktzahlungen sei. Die weitere Verlagerung der Tierhaltung in agrarindustrielle Dimensionen, die ja kaum rückbaubar seien auf eine artgerechte und nachbarschaftsverträgliche Tierhaltung, müsse rasch gestoppt werden, indem die im Immissions- und Baurecht für gewerbliche Großanlagen geltenden Obergrenzen nun auch auf sämtliche Anlagen ausgedehnt würden – dies seien maximal 1.500 Schweinemast-, 560 Sauen-, 600 Rinder-, 30.000 Masthühner- und 15.000 Legehennen-bzw. Puten-Tierplätze. Tierschutzvorgaben hinsichtlich Qualzuchtverbot, Platzangebot, Auslauf, Verstümmelungsverbot, Flächenbindung oder Strohhaltung würden zu noch wesentlich geringeren Größenordnungen führen.

Der AbL-Vertreter im bundesweiten Bürgerinitiativen- und Verbände-Netzwerk „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“, Eckehard Niemann, wies darauf hin, dass nicht nur die Akzeptanz von Bauern durch eine klare Trennung gegenüber der Agrarindustrielobby gesichert werde, sondern dass die mit Tierschutzvorgaben und einem Tierfabriken-Stopp verbundene Überschuss-Verringerung einen neuen Rahmen für deutlich höhere Erzeugerpreise schaffen werde. Wenn bestimmte Formen der Qual- und Stresshaltung künftig nicht mehr erlaubt seien, würden zudem auch jene Verbraucher, die bisher bei Dumping-Angeboten im Supermarkt noch schwach geworden seien, gern für die dann flächendeckende „Klasse statt Masse“ einen fairen Preis bezahlen und ihren Einkauf darauf einrichten. Die neuen Rahmenbedingungen müssten bei der Bemessung von Hartz IV, Mindestlöhnen und Tarifen berücksichtigt werden.

2.620 Zeichen ---- 25.03.2015